



Zum Wohle der Stadt Zusammenwirken von Kommune und Kirche

Vortrag von Oberbürgermeister Hans Schaidinger,
Stellvertreter des Präsidenten des Deutschen Städtetages, Regensburg

auf der Tagung des ökumenischen Projektes „Kirche findet Stadt“

„Wie viel Kirche braucht die Stadt?“

Moderne Subsidiarität und die diakonische Dimension der Kirchen im Gemeinwesen“

am 02.02.2012 in Berlin

Anrede,

ich bedanke mich für die ehrende Einladung hierher in diese Berliner Runde. Ich bin mir sicher, dass Sie mich nicht deshalb eingeladen haben, weil man vom Oberbürgermeister einer bayerischen Bischofsstadt a priori erwarten kann, dass er auf die Tagungsfrage pflichtschuldig antwortet: Eine Stadt kann nicht genug Kirche haben. Das wäre zu einfach, denn wir sind ja nicht deshalb zusammengekommen, um uns nur im Althergebrachten gegenseitig zu bestätigen.

Wir wollen uns aber auch nicht in der satten Zufriedenheit wiegen, dass das christliche Element in unseren Stadtgesellschaften heil, Diskussionsbedarf also nicht gegeben sei. Dafür wäre unser aller Zeit zu schade. Als Oberbürgermeister der viertgrößten Stadt Bayerns, in meiner dritten Amtsperiode, bin ich hoffentlich Realist genug, um gesellschaftliche Prozesse in einem Gemeinwesen und ihre treibenden Kräfte nüchtern und vor allem ohne Aufgeregtheiten einschätzen zu können. Wir sind - gerade in den Städten - jeden Tag vor die Herausforderung gestellt, die Gesellschaft der Zukunft zu entwickeln, zu formen. Dazu müssen wir das soziale Rad zwar nicht stetig neu erfinden. Wir müssen jedoch ständig Antworten auf alte wie neue Fragen geben: Welche Werte prägen unser Zusammenleben? Welche gesellschaftlichen Normen werden – wenigstens weitgehend – akzeptiert - 3 – und woher speist sich diese Akzeptanz? Wie reagieren wir auf den wirtschaftlichen und den demographischen Wandel, wie auf die Globalisierung? Wie müssen die Bildungs- und Arbeitsformen der Zukunft aussehen? Was sind unsere gemeinsamen kulturellen Bedürfnisse? Was hält uns letztlich zusammen? Lassen Sie mich an dieser Stelle versuchen, das Thema „Wie viel Kirche braucht die Stadt?“ mit drei Zitaten etwas einzugrenzen.

Alle drei sind Ihnen nicht neu. Alle drei zusammen beschreiben das Thema natürlich nicht umfassend, aber sie alle liefern einen Schlüssel zum Verständnis.

1. *„Suchet der Stadt Bestes.“* Ein Satz aus dem Alten Testament, aus dem Buch Jeremia, der nicht Abgrenzung von der Welt fordert, sondern ein offensives Sich-Einlassen auf die Anforderungen, die Bedürfnisse der Zivilgesellschaft. Ein Satz, der auch klarstellt, dass es nicht nur eine Verantwortung des gläubigen Christen vor Gott gibt, sondern auch eine Verantwortung vor seinen Mitmenschen. Eine Haltung, die ganz klar Achtung und Engagement vor der und für die kommunale Gemeinschaft postuliert.

2. *„Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, unter Freiheitswillen, eingegangen ist. Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her aus der moralischen Substanz des einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft reguliert. Andererseits kann er diese inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt mit*



den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebotes, zu garantieren zu versuchen ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben und – auf säkularisierter Ebene – in jenen Totalitätsanspruch zurück zu fallen, aus dem er in den konfessionellen Bürgerkriegen herausgeführt hat.“ Dieses sogenannte „Böckenförde- Diktum“, vom ehemaligen Bundesverfassungsrichter 1976 formuliert, ist für mich die immer wieder faszinierende Erläuterung des Spannungsverhältnisses zwischen säkularisiertem Staat und christlicher Werteorientierung in der Bundesrepublik, die häufig in Frage gestellt und sogar bekämpft wird. Niemand hat aber bisher vermocht – so sehr es auch versucht worden ist - den Beweis dafür anzutreten, dass dieser säkulare Staat ohne christliches, humanistisches Wertfundament erfolgreich bestehen könnte. Dieses Fundament ist für den Staat also eine notwendige Existenzbedingung. In der Kommune spürt man jeden Tag, dass dieses Wertefundament den Ausgangspunkt für alle Bereiche des kommunalen Handelns - den rein technischen Bereich ausgenommen - darstellt und auch darstellen muss.

3. 1874 hat der geniale österreichische Satiriker Karl Kraus folgendes gesagt: *„Ich verlange von einer Stadt, in der ich leben soll: Asphalt, Straßenspülung, Haustürschlüssel, Luftheizung, Warmwasserleitung. Gemütlich bin ich selbst.“* In diesem Zitat findet sich nichts von Werten, nichts von der Notwendigkeit eine Stadtgesellschaft zusammen zu halten, nichts von kulturellen Bedürfnissen. Wir wissen heute natürlich, dass eine Stadt mehr ist als die Summe ihrer Bürger und mehr ist als die Infrastruktur, auf die diese Bürger alle zugreifen und die möglichst perfekt funktionieren soll.

So unterschiedlich diese Zitate auch sein mögen, so sehr beschreiben sie den Raum, in dem eine Stadtpolitik zu agieren hat. Und sehr klar ist auch, dass diese Stadtpolitik ohne sinnstiftende wertorientierte, allgemein anerkannte Grundlagen nicht auskommen kann. Stadtgesellschaften sind vielfältiger, pluraler geworden. Wir stehen auch unter dem Diktat des Medienzeitalters, das uns zu einem immer atemloseren Lebenstempo antreibt. Diese angeblich unumkehrbaren Zwänge müssen ihrer Magie entkleidet werden. Mit nur noch stur und gehetzt funktionierenden Sozialkrüppeln ist kein Staat, ist keine Stadtgesellschaft zu machen. Eine demokratische, eine humane schon gar nicht. Bei allem Neuen, das auf uns einströmt, bei aller Überhitzung durch materielle Ansprüche – siehe Karl Kraus - bin ich der Überzeugung, dass die Basis sittlicher Werte immer noch trägt, auch wenn wir diesen Sockel unseres Zusammenlebens nicht ständig mit Girlanden schmücken und feierliche Reden darüber halten.

Meine Damen und Herren, auch wenn ich hier nicht als Christ stünde und wenn ich persönlich auch nichts mit Kirchen, mit dem Glauben überhaupt zu tun hätte, ich würde mich als Oberbürgermeister genau so leidenschaftlich dafür einsetzen, dass die Kirchen möglichst zahlreich, möglichst intensiv in meiner Stadt tätig sind. Kirche ist ja vor Ort nicht ein theoretisches Glaubensgebilde. Längst gibt es den unseligen Eifer und Streit nicht mehr, wer denn den richtigen Glauben habe. Lessings Botschaft aus „Nathan der Weise“ ist im alltäglichen Umgang miteinander angekommen:

Es kommt auf das richtige und vor allem auch gemeinsame Handeln an. Kirche, wie sie sich heute in der Stadt präsentiert:

- das ist Gemeindeleben
- das ist Diakonie
- das ist Caritas
- das ist Bildung und Erziehung
- das ist Heimat
- Fürsorge, Trost
- Das ist auch Ort der Hoffnung



- der Lebensbewältigung
- und letztlich der Lebensbejahung schlechthin.

Wenn ich Kirchen sage, dann schließe ich die jüdische Gemeinde und muslimische Gemeinschaften selbstverständlich ein. Ihr Kultus, ihre sozialen Zusammenschlüsse tragen nicht unwesentlich zum gesellschaftlichen Frieden bei. Muslime, wie auch andere Religionsgemeinschaften brauchen in unseren Städten würdige Gotteshäuser. Zum Status von „Kirche“ gehören generell angemessene Standorte für Kirchen-, Gemeinde- und Kulturzentren; Orte des stillen Gebetes, aber auch des Miteinanders in einer sozialen Gemeinschaft. Auch hier gilt: Das Sein bestimmt das Bewusstsein. Es muss unser Ziel in jeder Stadt sein, selbstbewusste und angemessene sicht- und wahrnehmbare Kirchen und religiöse Gemeinschaften zu haben, die aus ihrem Glaubensverständnis heraus einen unverzichtbaren Beitrag zum gesellschaftlichen Leben in unseren Städten leisten können.

Wir haben diesen Aspekt der Wahrnehmbarkeit wahrscheinlich so richtig erst durch die zwangsläufig aufgekommene Diskussion um die Nachnutzung aufgegebener Kirchen bemerkt. Nicht nur, dass das auseinanderfällt, was im Städtebau wichtig ist, nämlich die Einheit von Form und Funktion; es entfallen auch Wahrzeichen und Identifikationszeichen. Aber zurück zur Wertediskussion. Keine Frage: Es sind und es bleiben christliche Werte, die aus dem Judentum gekommen sind, die unsere Gesellschaft prägen. Diesen Geist atmet unser Grundgesetz. Daran wird sich auch nichts ändern, obwohl sich die Vielfalt kultureller Orientierungen in unserem Land weiter ausprägt. Die Verankerung christlicher Orientierung im Grundgesetz und der Bayerischen Verfassung wird dazu auch mittel- und langfristig nicht im Widerspruch stehen.

In Bayern stehen christliche Wertorientierungen nicht nur in der Verfassung. Unsere ganze Nationalhymne ist eigentlich ein Gebet! „Gott mit dir du Land der Bayern...“ Es ist aus meiner Sicht schon bedenklich, dass sich unsere Wertediskussion vor allem in den Medien dahin entwickelt hat, dass die Tatsache, dass uns christlich-abendländische Wertvorstellungen in unseren Denken und Handeln leiten, im Grundsatz negativ besetzt ist. Siehe die Debatte über „Leitkultur“. Die Wirklichkeit sieht ganz anders aus. Eine deutliche Mehrheit lässt sich in Regensburg von einer christlich geprägten Kultur leiten, sie akzeptiert allerdings keinen kirchlichen kulturellen Führungsanspruch. Dies gilt auch, obwohl immer mehr Muslime bei uns leben. In Regensburg sind es etwa fünf Prozent der Bevölkerung, bei einem Ausländeranteil von insgesamt zehn Prozent.

Zum Vergleich: Der Anteil der Protestanten liegt bei 15 Prozent, der der Katholiken in Regensburg beträgt 60 Prozent. Muslime leben bereits in dritter Generation bei uns. Regensburg ist ihre Heimat. Die muslimischen Kulturvereine können eine wichtige Rolle bei der Integration dieser Mitbürger spielen. Sie verdienen deshalb Aufmerksamkeit und Unterstützung. Es scheint mir tröstlich und richtungsweisend: Eine Beispielfunktion für die muslimischen Moscheevereine hat in Regensburg die jüdische Gemeinde. Deren Mitgliederzahl hat sich in den letzten Jahren vervielfacht. Sie hat ein umfangreiches Sozialprogramm aufgelegt, um den Zuwanderern aus den ehemaligen Sowjetrepubliken zu helfen, in Regensburg heimisch zu werden. Außerdem verfolgt der Vorstand der jüdischen Gemeinde seit Jahrzehnten konsequent eine Politik der offenen Tür für alle Regensburgerinnen und Regensburger. So ist der Gemeindegarten zu einem selbstverständlichen Ort für kulturelle Veranstaltungen geworden. Konzerte, Lesungen, Aufführungen, Vorträge und Diskussionen zu historischen und aktuellen Themen finden statt. Das ist der Weg, den die Muslime auch gehen müssen. Sie müssen ihre christlichen Mitbürgerinnen und Mitbürger einladen, müssen sie ein Stück teilhaben lassen an ihrem Gemeindeleben.



Meine Damen und Herren, die Struktur unserer Stadtgesellschaften erlaubt keine monokausalen Erklärungsmuster für ein gelingendes Leben als Individuum und als Gesellschaft mehr. Natürlich wäre es absurd, von den Kirchen und Religionsgemeinschaften zu verlangen, dass sie ihre jeweiligen weltanschaulichen Deutungen für Sinn und Praxis des Lebens, für Gott und das Jenseits, dieser Erkenntnis opfern und ein weichgespültes Weltanschauungsprogramm anbieten sollten: Von jedem etwas, für jeden konsumierbar. Aber es muss immer mehr das Gebot der Toleranz gegenüber den Andersdenkenden zum Tragen kommen. An ihrer Toleranzfähigkeit ist die Religionspraxis vor Ort zu messen. Niemand erhebe sich über den anderen. Niemanden darf etwas aufgezwungen werden. Die Achtung des jeweils anderen gehört zum Grundbestand aller großen Religionen. Diese Eigenschaft muss immer mehr in den Mittelpunkt rücken, damit Zusammenleben mehr ist als das Ignorieren des jeweils anderen. In diesem Sinn erleben wir ganz konkret in der Stadt, wie sich die gemeinschaftsbildenden Kräfte der religiösen Gruppierungen zum Wohl aller entfalten können. Sie tragen dazu bei, dass uns Wertmaßstäbe nicht verloren gehen, dass wir diffuse Existenzängste und Krisen überwinden, dass wir den sozialen Ausgleich erhalten, der uns in letzter Zeit immer schwieriger zu erreichen zu sein scheint.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zwischendurch einen Blick auf das Thema sozusagen „vom entgegen gesetzten Blickwinkel“ aus werfen: Regensburg ist eine der deutschen Städte, in der geradezu exemplarisch geschichtlich belegt ist, wie segensreich das Prinzip der Trennung von Kirche und Staat ist, lange bevor Papst Benedikt XVI. seine Kirche zur Entweltlichung gemahnt hat. Als noch heftig und blutig gestritten wurde, welche weltliche Macht den Kirchen zukomme, war das stets zum Schaden der Bürgerschaft erfolgt. Die Teilung der zwei Sphären, der zwei Handlungsebenen, wie sie unser Grundgesetz vorschreibt, ist aus einer langen Leidensgeschichte heraus geboren. Letztlich haben vor allem auch die Kirchen selbst davon profitiert. Sie genießen mehr Akzeptanz und können sich ihren geistlichen und weltlichen Aufgaben intensiver zuwenden.

Auch der Staat, bis hinunter zu den kommunalen Trägern öffentlicher Gewalt und Interessen erfährt Entlastungen. Machtstreitigkeiten ist der Boden entzogen. Man kann sich auf beiden Seiten selbstbewusst auf Subsidiarität einlassen. Subsidiarität ist ein weises Gestaltungselement in der Bewältigung gesellschaftlicher und auch öffentlicher Aufgaben. Würde es nicht in gegenseitigem, aber gemeinsamem Verständnis mit Leben erfüllt - wir Städte müssten den Bankrott unserer sozialen Daseinsvorsorge und Daseinsfürsorge fürchten. Zögen sich die Kirchen aus diesem fundamentalen Sozialpakt zurück, wären die öffentlichen Verwaltungen außer Stande, auch nur annähernd Ersatz zu leisten. Die Lebensqualität der Städte würde rapide absinken.

Einige wenige Zahlen und Fakten sollen Ihnen das verdeutlichen:

- Neben dem selbstverständlich staatlichen Universitätsklinikum hat Regensburg drei Krankenhäuser. Eines wird von der Evangelischen Wohltätigkeitsstiftung betrieben, eines von der Caritas und eins vom Orden der Barmherzigen Brüder. Nur nebenbei bemerkt: Ich schließe die Tatsache, kein kommunales Krankenhaus zu haben, dankbar jeden Abend in mein Abendgebet ein.
- Die Hälfte der über 50 Kindertagesstätten Regensburgs hat kirchliche Träger.
- Gleiches gilt für ein Drittel der Alten- und Pflegeheime der Stadt.

Meine Damen und Herren, Papst Benedikt hat in seiner großen Rede im Deutschen Bundestag darauf verwiesen, dass es neben dem ökologischen Schutz der Natur auch einer Ökologie für die



Menschen bedürfe. Es kommt immer mehr darauf an, Menschen nicht zu überfordern und einseitig zu belasten, sie nicht nur als Arbeits- und Konsumfaktor zu sehen, ihnen ein soziales Umfeld zu schaffen, das Leben in materieller Sicherheit, aber auch in Würde und sozialer Anerkennung ermöglicht. Die Stadt, die Gemeinde, das Dorf ist der Ort, wo die Menschen das finden, was sie mit Fug und Recht Heimat nennen können. Hier kennen sie sich aus, hier finden sie Anerkennung, hier werden sie wahrgenommen. Ohne das weite Spektrum der Aktivitäten kirchlicher Institutionen und ihrer Mitglieder wären diese Ziele nicht annähernd zu erreichen. Natürlich beeinflussen religiöse Sichtweisen die Vorstellung vom sozialen Miteinander. Das heißt im Umkehrschluss: Gesellschaftliche Entwicklungen, aktuelle soziale Situationen rufen Stellungnahmen der kirchlichen Institutionen hervor. Das kann im konkreten Fall auch unbequem sein.

Wir haben in Regensburg einen streitbaren Diözesanbischof, der mit seiner Sicht der Dinge, mit Mahnungen, Ansprüchen und Forderungen nicht hinterm Berg hält. Ich meine, wir brauchen dieses Einmischen der Kirchen in unserer Gesellschaft, auch wenn die öffentliche Hand keineswegs immer den dabei gestellten Forderungen nachkommen kann. Wir müssen uns aber der ethischen Diskussion stellen. Nur so bleiben unsere Wertmaßstäbe lebendig, die all unserem öffentlichen Handeln zu Grunde liegen müssen. Das große Kapital unserer Gesellschaftsform ist Problemlösung durch Diskurs. Hier ist das bedeutende Element der Aufklärung lebendig. Der Weg von These über Antithese zur Synthese ist meist mühsam, doch letztlich für den sozialen Frieden unverzichtbar.

Meine Damen und Herren, die große Frage, die sich uns dringlicher als je zuvor stellt, wenn wir Zukunft positiv gestalten wollen, ist doch: Wie motivieren wir unsere Bürgerinnen und Bürger, das Stadtleben mitzugestalten? Wie bringen wir sie dazu, ihre Ideen, ihr Kraft bei der Bewältigung öffentlicher Aufgaben einzubringen, Verantwortung zu übernehmen? Wer ist alles Mit-Motivator bei dieser Aufgabe? Lassen Sie mich das an praktischen Beispielen aus Regensburg aufzeigen.

Ich wähle dazu zunächst einen Beitrag der evangelischen Kirche in unserer Stadt. Spiegelbildlich gilt das natürlich für die katholische Seite genauso. Das mehrheitlich katholisch geprägte Gemeinwesen hat eine alte evangelische Tradition. Regensburg war eine Reichsstadt der Reformation. Die maßgebende Bürgerschaft war über Jahrhunderte hinweg evangelisch. Der Magistrat war auch dann noch von evangelischen Ratsherren geprägt, als längst allgemeines und gleiches Wahlrecht eingeführt war. Aus dieser Vergangenheit heraus erklärt sich, dass evangelische Sozialeinrichtungen mehr präsent sind, als dies vom Bevölkerungsanteil von knapp 15 Prozent zu erwarten wäre. Neben den Einrichtungen des Diakonischen Werkes mit Pflegeheimen, psychosozialen Beratungsstellen, Behindertenhilfe, Kinder- und Jugendhilfe, Studentenheimen, einem Werkhof zur Eingliederung von Menschen in den Arbeitsprozess, die auf dem freien Arbeitsmarkt keine Chance haben, und Seniorenangeboten, ist in Regensburg eine Evangelische Wohltätigkeitsstiftung aktiv; keine kirchliche, sondern eine bürgerliche Stiftung mit kirchlicher Prägung unter der Verwaltung der Stadt Regensburg. Sie besteht aus zehn Hauptstiftungen und 300 Zustiftungen. Einige dieser Stiftungen reichen über 700 Jahre zurück. Die Evangelische Wohltätigkeitsstiftung betreibt das Evangelische Krankenhaus der Stadt, Einrichtungen der Alten-, Kinder-, Jugend- und Behindertenhilfe. Ihre Aktivitäten erstrecken sich auch auf Bildungsarbeit und Unterstützung für Studierende. Das Vermögen der Stiftung manifestiert sich hauptsächlich in Grundbesitz: Sieben Hektar bebaute Fläche, 96 Hektar unbebautes Areal und 208 Hektar Forstbesitz. Diese Zusammensetzung des Grundstockvermögens zeigt, dass Generationen an dem Zustandekommen gearbeitet haben. Gemeinnützige Stiftungen dieser Art zeugen von einem traditionellen Engagement wohlhabender Bürger für ihre Stadt und deren Menschen.



Ein Pendant auf der katholischen Seite ist die St. Katharinenhospital-Stiftung. Ihr Vermögen speist sich unter anderem aus einer Brauerei. Mit über 800 Jahren ist die Spitalbrauerei eine der ältesten Braustätten der Welt. Auch hier haben wir keine Stiftung mit klösterlichen Wurzeln, sondern eine originäre Bürgerstiftung aus den Anfängen des 13. Jahrhunderts. Auch diese Stiftung ist eine bürgerliche, paritätisch verwaltet von einer kirchlichen und einer weltlichen Bank im Stiftungsrat.

Sie sehen, religiös und kirchlich geprägtes Bürgerengagement hat in unseren Städten eine weit zurück reichende Tradition. Lange bevor Staat und Kommune Sozialpolitik als öffentliche Aufgabe übernommen haben, waren die Bürger im Sinn der Bergpredigt selbst aktiv - in erster Linie natürlich auch, um ihr Seelenheil zu sichern. Diese Tradition der bürgerschaftlichen Selbsthilfe rückt wieder mehr ins Bewusstsein der Menschen und manifestiert sich in zahlreichen Bürgerinitiativen.

Es wäre auch zu kurz gegriffen, würden wir immer nur auf die großen, übergreifenden kirchlichen Institutionen blicken, die professionell soziale Aufgaben für das Gemeinwesen übernehmen. Mindestens genauso wichtig ist der Beitrag der Pfarreien und Kirchengemeinden in unserer Stadt. Hier liegt ein großes soziales Kapital unserer Stadtgesellschaft. Man spricht immer nur vom Mitgliederschwind der Kirchen und glaubt damit den Rückgang der Bedeutung religiöser Elemente für das Gemeinwesen belegen zu können. Dabei vergisst man geflissentlich, dass Kirchengemeinden ein neues Selbstverständnis haben, das freilich auf alten christlichen Werten fußt, der Nächstenliebe und der Mitverantwortung für den Nächsten und für die Gemeinschaft. Man kann es auch pragmatischer und nüchterner ausdrücken. Die Kirchengemeinden wissen, dass sie nicht auf einer Insel der Seligen leben. Sie müssen sich um das Ganze kümmern, damit es auch ihnen gut geht. Die Pfarreien sind im lokalen Gemeinwesen verankert. Sie sind sich bewusst, dass sie Teil der Bürgergemeinde sind.

Aus meiner Erfahrung kann ich dem früheren Präsidenten des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche Deutschlands, Pfarrer Klaus Dieter Kottnik, voll zustimmen, wenn er sagt: *„Die Mitglieder der Kirchengemeinden gestalten zusammen mit anderen das vielfältige gesellschaftliche und politische Gemeinwesen und prägen das soziale, kulturelle und spirituelle Leben in den Stadtquartieren und Gemeinden. Die institutionalisierte Kirche arbeitet in Strukturen, die sie als Partnerin der verfassten Bürgergemeinde und diakonische Mitgestalterin des lokalen Sozialstaats qualifiziert.“* (Zitat Ende) Kirchengemeinden, so meine Überzeugung, handeln nicht in erster Linie für, sondern mit den Bürgerinnen und Bürgern. Dabei machen sie ihre christliche Wertorientierung durchaus selbstbewusst sichtbar, ohne sich über die anderen zu erheben. Pfarrgemeinden kämpfen gegen Ausgrenzung der Bevölkerungsgruppen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens existieren. Sie übernehmen Vorbildfunktion, wenn sie Alte, Arme oder Migranten am gesellschaftlichen Leben teilhaben lassen. Sie appellieren an die moralische Pflicht der Wohlhabenden, mit den weniger Begünstigten zu teilen.

Solidarität, meine Damen und Herren, ist ein Grundelement aller Religionen. Machen wir uns das mehr zunutze als das bisher der Fall ist. Altruismus ist auch eine Urausstattung der Menschen. Überleben ist nicht nur von Egoismus, sondern auch von Solidarität abhängig. Damit Solidarität nicht aus der Welt kommt, dafür brauchen wir die tätige Mithilfe vieler. Die der Kirchengemeinden ist uns sicher. Zivilgesellschaft ohne den Beitrag der Kirchengemeinden, wäre sicher sehr viel weniger sichtbar und spürbar. Nicht zuletzt sind sie Schulen demokratischer Praxis.

Meine Damen und Herren, bei all den positiven Gedanken und Informationen, die ich hier ausgebreitet habe, wollte ich nicht den Eindruck erwecken, dass sich ein bayerischer



Oberbürgermeister aus einer paradiesischen Stadt an der Donau, baulich im Rang eines Welterbes, sozial ein spannungsfreier Hort des friedlichen Ausgleichs, sich mit solchen Aussagen leicht tue. Auch in meiner Stadt gibt es Konkurrenz und Unzulänglichkeiten. Wenn endliche Ressourcen verteilt werden, ist Streit vorprogrammiert. Wenn es um das Schultern sozialer Lasten geht, ist Regensburg wie alle deutschen Gemeinden von segnungswütigen Parlamenten belastet und gleichzeitig strukturell unterfinanziert. Allerdings will ich ihnen vermitteln, dass wir unterwegs sind; dass Städte in ihren Bürgern und deren Engagement ihr größtes Potenzial haben. Damit meistern wir die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft. Der Umstand, dass Kirche bei uns stattfindet, verleiht den Stadtgesellschaften in einem sicherlich spürbaren Ausmaß die Kraft, dass aus einer Vision erlebbare Wirklichkeit wird: Die Stadt als Heimat für alle.

Zu dieser Erkenntnis möchte ich mit meinem Diskussionsbeitrag ermuntern. Stadtluft macht frei, hieß es im Mittelalter. Sie verpflichtet auch zum Optimismus. Die altherwürdigen, aber auch die modernen Gotteshäuser im Stadtbild, auch die der Nicht-Christen sind ein sichtbares Zeichen und Symbol dafür. Und sie sind ein Beleg für einen vielseitigen, wichtigen und manchmal mächtigen Beitrag der Kirche zur Lebendigkeit in unseren Städten.